

06.12.2023

Beschlussempfehlung und Bericht

des Rechtsausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5468

2. Lesung

Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz - HinschG) und zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

Berichterstatter

Abgeordneter Dr. Werner Pfeil

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 18/5468 - wird unverändert angenommen angenommen.

Datum des Originals: 06.12.2023/Ausgegeben: 08.12.2023

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf, Drucksache 18/5468, wurde durch das Plenum am 23. August 2023 nach der 1. Lesung zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss sowie an den Innenausschuss, den Haushalts- und Finanzausschuss, den Unterausschuss Personal und den Hauptausschuss überwiesen.

B Beratung

Der Rechtsausschuss hat eine schriftliche Anhörung zu diesem Gesetzentwurf durchgeführt.

Den kommunalen Spitzenverbänden wurde gemäß § 58 GO LT NRW Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme gegeben.

Zur schriftlichen Anhörung wurden folgende Stellungnahmen eingereicht:

Urheber/in	Stellungnahme
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände* Köln	
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	18/1061
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	
Andreas Wohland, ass.jur. Beigeordneter Recht, Personal und Organisation Städte- und Gemeindebund NRW Düsseldorf	
Dr. Simon Gerdemann, LL.M. (Berkeley) Principle Investigator 'Impact Analysis of German and European Whistleblowing Law' funded by the German Research Foundation (DFG) Georg-August-Universität Göttingen Institute for Commercial and Media Law Göttingen	18/1048
Louisa Schloussen Co-Leiterin AG Hinweisgeber Transparency International Deutschland e. V. Berlin	18/1101

Urheber/in	Stellungnahme
Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre Professor Dr. Johannes Dietlein Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	18/1095
Franziska Görlitz Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V. Berlin	18/1088

Des Weiteren ist unaufgefordert die Stellungnahme 18/1100 des Whistleblower-Netzwerk e. V. eingegangen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss und sein Unterausschuss Personal haben beschlossen die Mitberatung ohne Votum abzuschließen. Der Hauptausschuss und der Innenausschuss haben Ihre Mitberatung nicht wahrgenommen.

Über den Gesetzentwurf, Drucksache 18/5468, wurde im federführenden Rechtsausschuss am 6. Dezember 2023 abgestimmt.

Bei der Abstimmung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der Fraktion der AfD unverändert angenommen.

C Ergebnis

Der federführende Rechtsausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf, Drucksache 18/5468, unverändert anzunehmen.

Dr. Werner Pfeil
Vorsitz